



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 24.02.2016, 17:07 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Besetzung der Stelle Fachbereichsleitung
 Bürgerdienste

Vorl.Nr. 003/16

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** weist eingangs nochmals auf die Bedeutung des Fachbereichs als Aushängeschild der Stadt in Sachen Bürgerservice hin und erläutert den der heutigen Bewerbervorstellung vorausgegangenen Auswahlprozess.

Sodann stellt sich der Bewerber Herr Jürgen **Schindler** dem Gremium vor. Er geht dabei insbesondere auf seinen persönlichen und beruflichen Werdegang sowie seine Erfahrungen in den einschlägigen Tätigkeitsfeldern ein und zeigt seine bisherigen Erfolge im und für den Fachbereich Bürgerdienste in Ludwigsburg auf.

Auf Grund der umfangreichen Gespräche in den vorhergegangenen Stufen des Auswahlprozesses wird von Seiten des Gremiums auf Fragen verzichtet.

Anschließend erkundigt sich OBM **Spec** unter Verweis auf die einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, ob Einwände gegen eine offene Wahl erhoben würden. Nachdem kein Mitglied diesem Ansinnen widerspricht, stellt OBM **Spec** fest, dass 35 stimmberechtigte Mitglieder anwesend seien.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadträtin Liepins (Urlaub)
 Stadtrat Seybold (privat verhindert)
 Stadträtin Burkhardt (privat verhindert)

Unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Gemeinderats findet sodann eine offene Wahl statt.

Nach Zählung der Stimmen gibt OBM **Spec** das Wahlergebnis bekannt:

Herr Jürgen Schindler 35 Stimmen

OBM **Spec** erklärt, dass somit der Bewerber gewählt sei und gratuliert diesem. Er fragt, ob er die Wahl annehme.

Herr **Schindler** bestätigt dies.

Zur Fassung des Einstellungsbeschlusses siehe Tagesordnungspunkt 12.

TOP 2 Kommunales Steuerungs- und Informationssystem -
 KSIS: Aktueller Sachstand und Vorstellung

Vorl.Nr. 343/15

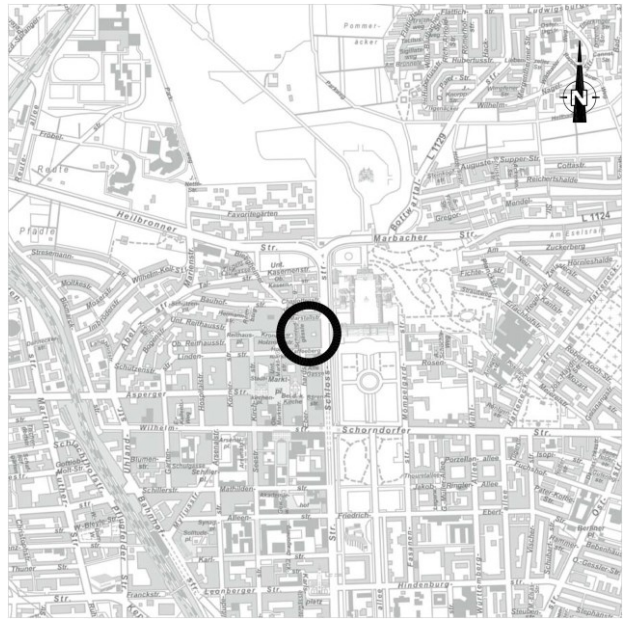
Beratungsverlauf:

OBM **Spec** zeigt auf, dass Kommunalverwaltungen im Rahmen der Nachhaltigen Stadtentwicklung zunehmend unterstützende Steuerungsinstrumente für die übergreifende Projektkoordination benötigen. Wenn es nicht gelinge, verschiedene zuständige Einheiten innerhalb eines gemeinsamen Projektes effektiv zu koordinieren, führe dies beständig zu Reibungsverlusten. Auf dem Markt gebe es für diese Herausforderung jedoch noch keine Software, die die Koordination innerhalb der Verwaltung, das Zusammenspiel zwischen Gemeinderat und Verwaltung sowie die zunehmenden, transparenten Partizipationsprozesse mit der Bevölkerung angemessen unterstütze. Gemeinsam mit dem Rechenzentrum der Region Stuttgart und dem Softwarehersteller SAS habe sich die Stadt Ludwigsburg daher dafür entschieden, für die eigenen Bedürfnisse ein Tool zu entwickeln, welches allerdings auch von anderen Städten und Gemeinden eingesetzt werden könne. Während das Tool KSIS selbst zu nahezu 100% fertig entwickelt sei, befinde man sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung noch in der letzten Stufe des Reifeprozesses. Insofern bitte er den Gemeinderat um Mithilfe und Mitgestaltung unter anderem bei der Festlegung einzelner Formulierungen. Auch Hinweise aus der Bevölkerung, wo punktuell noch nachgebessert werden könne, seien herzlich willkommen.

Die Vorstellung des kommunalen Steuerungs- und Informationssystems erfolgt durch Frau **Lang** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung). Sie nimmt Bezug auf die Struktur der Masterpläne, schildert die Entwicklungsgeschichte des KSIS und zeigt das geplante weitere Vorgehen auf. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Höfe am Kaffeeberg“ **Nr. 010/08** wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 29.01.2016.
- II. Ziel der Planungen ist eine nachhaltige Aufwertung des historisch bedeutenden Quartiers. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören der Erhalt und die Sanierung der historischen Bauten an der Schlosstraße. Die Neubauten im rückwärtigen Bereich sollen sich in die Umgebungsbebauung einfügen und ein attraktives System aus lärmgeschützten Höfen bilden.
- III. Das städtebauliche Konzept zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Höfe am Kaffeeberg“ Nr. 010/08, bestehend aus dem Plan und der Begründung, jeweils vom 29.01.2016 (Anlage 1+2 zur Vorl. Nr. 020/16) wird als Grundlage für das weitere Verfahren beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, auf den in der Anlage zur Vorl. Nr. 020/16 dargestellten Grundlagen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.
- V. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Anlage welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, wird abgesehen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** und BM **Ilk** erinnern gemeinsam an die wechselvolle Geschichte des Areals in den vergangenen zwei bis drei Jahren. Mit dem Verweis auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 18.02.2016 verbinden sie die Hoffnung, dass dieses chancenreiche Areal zeitnah einer städtebaulich attraktiven Nutzung zugeführt werden könne.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) gibt an Hand einer Präsentation einen Rückblick auf den Ideen- und Realisierungswettbewerb, Anpassungen in der weiteren Projektentwicklung, die Begleitung durch den Gestaltungsbeirat sowie aktuelle Planungen. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Stadtrat **Braumann** konstatiert, in diesem sensiblen Stadtgebiet habe sich die Einbindung des Gestaltungsbeirats besonders bewährt gemacht. Wichtig sei im weiteren Verfahren ein sorgsames Vorgehen in zwei Bauabschnitten, wobei die historische Bausubstanz in jedem Fall vor den Neubauteilen angegangen werden müsse. Weiter schlägt er vor, den Saal im Grafenbau wieder in seinen ehemaligen Zustand zurück zu versetzen und die Zwischendecke zu entfernen. Auch erhoffe er sich zeitnahe Aussagen zu den künftigen Nutzungen. Dem heute zu fassenden Aufstellungsbeschluss könne er in jedem Fall zustimmen.

Stadtrat **Gericke** schließt sich dem Lob seines Vorredners für die Beteiligung des Gestaltungsbeirats an. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen formuliert er für das anstehende Verfahren die folgenden Ziele: den Erhalt der denkmalgeschützten Bausubstanz, ein stadtverträgliches städtebauliches Konzept, eine nachhaltige Nutzungskonzept, eine sinnvolle Erschließung, eine nachhaltige Energieversorgung beispielsweise per Fernwärme sowie die Schaffung von Wohnraum für breite Bevölkerungsgruppen.

Stadtrat **Juranek** erklärt mit Verweis auf die umfangreichen Vorberatungen, er wolle sich kurz fassen. Die SPD-Fraktion stimme dem Aufstellungsbeschluss zu und wünsche dem Projekt nach den zurückliegenden schwierigen Phasen einen guten Verlauf. Er sei zuversichtlich, dass die teilweise noch offenen Punkte hinsichtlich architektonischer Details, Teilbereichen der Fassadengestaltung sowie des Nutzungskonzepts zeitnah und erfolgreich geklärt werden könnten.

Stadtrat **Remmele** sieht das bisherige Verfahren als positiven Beleg für die Wirksamkeit des Gestaltungsbeirats. Wichtig sei es, sich diesen Einfluss im weiteren Ablauf zu bewahren und die weiteren Entwicklungen zu beobachten und konstruktiv zu begleiten. Auch er erkundigt sich, dass das Konzept für die künftige Nutzung der historischen Gebäude vorgelegt werde.

Stadtrat **Eisele** verleiht seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Planungen dank der Beteiligung des Gestaltungsbeirates deutlich an Qualität gewonnen hätten. Zwar gebe es bei Fassadengestaltung und Nutzungskonzept noch einiges zu tun, dennoch könne er heute dem Aufstellungsbeschluss gerne zustimmen.

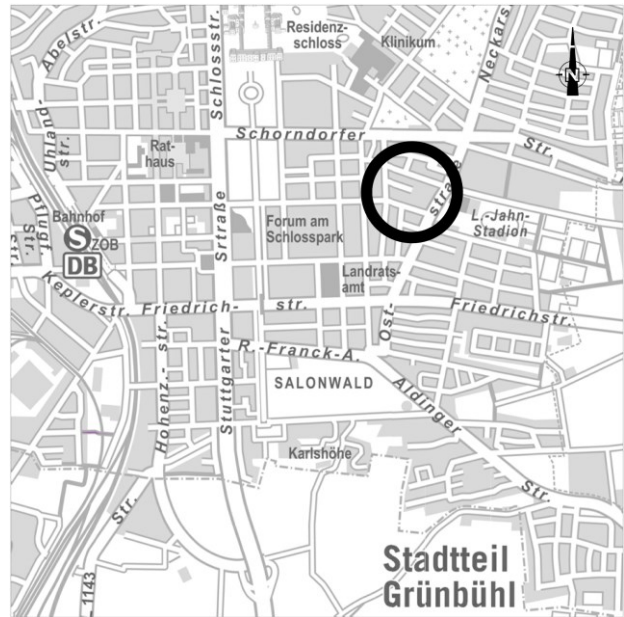
Auch Stadträtin **Dziubas** formuliert ihre Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss.

Stadträtin **Burkhardt** zeigt sich wenig begeistert darüber, dass drei Gebäude von bedeutendem stadtgeschichtlichen und kulturellen Hintergrund per vorhabenbezogenem Bebauungsplan überplant würden. Die Diskussion über eine gewerbliche und/oder eine Wohnnutzung in der Schlossstraße sei aus ihrer Sicht noch nicht beendet. Es sei nicht zu viel verlangt, eine gewerbliche Nutzung im Erdgeschoss zu integrieren. Auch moniert sie, dass Aussagen zum Denkmalschutz fehlten und fordert Einblick in den Durchführungsvertrag. Unter gar keinen Umständen dürfe es dazu kommen, dass der Neubauteil bereits bezogen werde, der denkmalgeschützte Teil aber noch gar nicht fertiggestellt sei. Dem heutigen Beschlussvorschlag könne sie daher nur unter Bedenken zustimmen.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 020/16 zur Abstimmung.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4 zur Vorl. Nr. 028/16) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 zur Vorl. Nr. 028/16 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Pater-Kolbe-Straße“ Nr. 044/04 vom 29.01.2016 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften jeweils mit Datum vom 29.01.2016 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 29.01.2016.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)
Stadträtin Dziubas

Ja 28 Nein 6 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

Stadtrat **von Stackelberg** macht darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion nicht geschlossen abstimmen werde. Nicht alle Fraktionsmitglieder seien überzeugt davon, dass die Fläche nicht doch für eine künftige Schulentwicklung benötigt werde und wollten diese Option nicht ohne Not aufgeben.

Stadträtin **Burkhardt** vertritt dieselbe Ansicht. Zudem falle bei Zustimmung zum Satzungsbeschluss eine ehemalige Obstbaumwiese weg, weshalb aus ihrer Sicht ein Umweltbericht unabdingbar sei. Weiter moniert sie den Umgang der Verwaltung mit den Stellungnahmen des BUND. Diese seien „zu locker genommen“ worden.

Auf Bitte von Stadtrat Dr. **Vierling** führt EBM **Seigfried** aus zum Erweiterungsbedarf der Schule aus heutiger Sicht. Insbesondere verweist er darauf, dass eine Erweiterung an dieser Stelle nicht ins Auge gefasst worden und auch nicht absehbar sei.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 028/16 abstimmen.

TOP 5

Stadtbahn Landkreis Ludwigsburg: GVFG-Förderung

Vorl.Nr. 037/16

Abweichender Beschluss:

Zum frühzeitigen Einstieg in ein mögliches Förderantragsverfahren für die Stadtbahn (sog. Voranmeldung, Förderkategorie C – „Vorhaben bedingt aufgenommen“) stimmt die Stadt Ludwigsburg dem Vorschlag des Landkreises zu, die Hochflurvariante Aldingen – Ludwigsburg – Möglingen – Markgröningen für das Bundes-GVFG-Programm anzumelden. *Unabhängig davon sollen alternative Lösungen (Niederflursystem und Bus-Rapid-Transit-System) weiterhin ebenbürtig untersucht werden.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 18.02.2016 und den dort ergänzten letzten Satz. Er führt aus, dass heute keine Systemscheidung zu treffen sei und mit der Anmeldung zum Förderprogramm auch keine Vorfestlegung getroffen werde. Man wolle sich lediglich die Fördermöglichkeiten für eine Stadtbahn offen halten.

Stadtrat **Braumann** erinnert daran, dass die CDU-Fraktion das bisherige Verfahren ergebnisoffen begleitet habe. Das Einfügen in den städtebaulichen Kontext, der Kosten-Nutzen-Faktor und die laufenden Betriebskosten müssten dabei ebenso vertieft untersucht werden wie die Linienführung oder die technische Ausführung. Eine weitere zentrale Frage sei auch, wo bei Einrichtung einer Stadtbahnlinie im Gegenzug der Busverkehr ausgedünnt werden müsse. Was die Anbindung anbelange, so seien der CDU-Fraktion die Bildungszentren und die Unternehmen in der Weststadt besonders wichtig. Dem heute vorliegenden Beschlussvorschlag könne seine Fraktion nur auf Grund der Ergänzung durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zustimmen.

Stadtrat **Gericke** spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachdrücklich für eine Stadtbahn aus. Ein Hochflursystem sei dabei maximal die zweitbeste Variante, daher müsse vor einer Systementscheidung noch intensiv beraten werden. Aus diesem Grund freue er sich besonders darüber, dass durch abweichenden Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt eine weitere ernsthafte Untersuchung alternativer Lösungen im Beschlussvorschlag verankert worden sei. Der heute zu beschließenden Antragstellung werde seine Fraktion zustimmen um im Verfahren weiter voranzukommen. Er sei dennoch überzeugt, dass man sich bei vertiefter Prüfung für ein Niederflursystem entscheiden und einen entsprechenden Änderungsantrag beim GVFG-Programm einreichen werde.

Stadtrat **Juranek** erinnert an die umfassenden Diskussionen zum Thema sowohl in den gemeinderätlichen Ausschüssen als auch bereits im Gemeinderat. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage in der durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt modifizierten Form zustimmen. Grundsätzlich favorisiere auch seine Fraktion ein Niederflursystem. Die Systementscheidung und weitere Details würden jedoch zu gegebener Zeit noch vertieft beraten. Heute gelte es, den Förderantrag auf den Weg zu bringen und er hoffe, dass dies trotz aller offenen Fragen mit großer Mehrheit erfolgen könne.

Auch Stadträtin **Moersch** will trotz vieler offener Fragen hinsichtlich finanzieller Rahmenbedingungen, Linienführung und weiterer Aspekte für die FW-Fraktion dem Förderantrag zustimmen. Die im Verlauf der heutigen Beratung genannten offenen Punkte gelte es im weiteren Verfahren noch zu klären. Je nach Ergebnis der Prüfung müsse dann auch eine Modifikation des Förderantrags erfolgen.

Stadtrat **Heer** konstatiert, die FDP-Stadträte hätten der Vorl. Nr. 037/16 grundsätzlich kritisch gegenübergestanden und eine Anmeldung zum GVFG-Förderprogramm, die sich ausschließlich auf eine Hochflurbahn bezogen hätte, nicht mitgetragen. Dieses System halte er für einen mit zahlreichen Nachteilen behafteten Irrweg. Der abweichenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt könne er jedoch zustimmen.

Stadträtin **Dziubas** erklärt ebenfalls ihre Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag. Wichtig sei ihr und Stadtrat Kube, dass es im Verfahren vorangehe.

Ebenfalls erfreut über die Ergänzung des Beschlussvorschlags durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt äußert sich Stadträtin **Burkhardt**. Eine Hochflurbahn komme aus stadtgestalterischer Sicht überhaupt nicht in Frage.

Auch Stadtrat **Lettrari** will die abweichende Beschlussempfehlung mittragen und hofft auf ein zügiges Vorankommen.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Gericke** im Verlauf der Beratung bestätigt OBM **Spec**, dass in der Ergänzung durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt faktisch die gleichrangige Weiterverfolgung aller im Beschlusstext genannten Alternativen enthalten sei. Ebenso führt er aus, dass bei der weiteren Prüfung dieser Alternativen neben Vertretern der SSB gerne auch weitere Experten einbezogen würden.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 037/16 unter Berücksichtigung der Ergänzung durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Folgenden Vergaben von Bauleistungen für die Generalsanierung der Schulgebäude Seestraße 37 und Alleenstraße 30 wird zugestimmt.

Folgende Vergabe liegt innerhalb der Zuständigkeit des Ausschuss Bauen Technik Umwelt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt. Auftragssumme + ca. 15%
1.1	Außenputz und WDVS	BB Stuck GmbH Uhlandstraße 4 78554 Aldingen	340.000,00 €

Folgende Vergabe liegt innerhalb der Zuständigkeit des Gemeinderates:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt. Auftragssumme + ca. 15%
1.2	Trockenbauarbeiten	BS Trockenbau GmbH Hauptstraße 66/1 73054 Eislingen	1.195.000,00 €

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über den in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegenden Punkt des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abweichender Beschluss:

1. Die temporäre Lichtkunstinstallation „Test pattern n° 10“ des Künstlers Ryoji Ikeda in der Akademie für Darstellende Kunst wird im Rahmen des Projektes „Aufstiege. Lichtkunstfestival zur Inszenierung des Auf und Ab“ 2016, wie im Sachvortrag beschrieben, realisiert. (Gesamtkosten: 36.000 €). Die Finanzierung erfolgt aus einer Förderung der Wüstenrot Stiftung (20.000 €) und aus Mitteln des Projektbudgets im Fachbereich Kunst und Kultur.

- ~~2. Die dauerhafte Installation „Spectra III“ des Künstler Ryoji Ikeda wird im Rahmen des Projektes „Aufstiege. Lichtkunstfestival zur Inszenierung des Auf und Ab“ 2016, wie im Sachvortrag beschrieben, realisiert. Die Finanzierung (Gesamtsumme 123.000 €) erfolgt aus Haushaltsmitteln (Haushaltsreste 2015) des Fachbereichs 67. Der FB 41 wird beauftragt, zur Teildeckung der Kosten in der konkreten Umsetzung (Bau des Containers) Sponsoringmittel einzuwerben.
- abgelehnt~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2 wird mit 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
 Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadträtin Liepins (Urlaub)
 Stadtrat Seybold (privat verhindert)
 Stadtrat Braumann (beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) stellt eingangs sowohl die temporäre als auch die dauerhafte Lichtkunstinstallation des Künstlers Ryoji Ikeda vor und geht bei letzterer insbesondere ein auf Möglichkeiten eines mobilen Einsatzes im Stadtgebiet oder auch des Verleihens an andere interessierte Städte. Sie wirbt um die Zustimmung zu beiden Projekten.

Stadträtin **Kreiser** erinnert an die lange Tradition der Projekte im Rahmen der KulturRegion Stuttgart und freut sich darüber, dass man einen renommierten Künstler mit großer Strahlkraft ausgewählt habe. Mit Blick auf die Jubiläen der KulturRegion und der Theaterakademie biete es sich geradezu an, gemeinsam

ein großes Projekt anzugehen. Dennoch sei der Beschlussvorschlag in ihrer Fraktion kontrovers diskutiert worden. Die temporäre Installation werde von der CDU-Fraktion geschlossen unterstützt, hinsichtlich der dauerhaften Installation habe es einige Bedenken gegeben, die sich insbesondere auf die Kostenfrage bezögen. Sie selbst spreche sich nachdrücklich auch für die dauerhafte Installation aus, fordere die Verwaltung aber nachdrücklich zur verstärkten Einwerbung von Drittmitteln auf. Könne man diese von 20 000 € auf 50 000 € erhöhen, sei noch finanzieller Spielraum für Toiletten auf dem Akademiehof vorhanden.

Stadtrat Dr. **Vierling** vertritt die Ansicht, dass Ludwigsburg im Rahmen der KulturRegion Stuttgart auf jeden Fall wieder verstärkt aktiv werden müsse. Über Jahre hinweg sei in der Stadt das Thema Kunst im öffentlichen Raum vernachlässigt worden. Wenn man nun die in diesen Jahren eingesparten Beträge zusammenrechne, sei man nicht weit von der Finanzierbarkeit sowohl des temporären als auch des dauerhaften Projektes entfernt. Aus diesen Gründen stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages uneingeschränkt zu. Auch hinsichtlich der Ziffer 2 sei die Mehrheit seiner Fraktion der Ansicht, dass das Projekt durchgeführt werden solle. Ausschlaggebend seien unter anderem die Strahlkraft des ausgewählten Künstlers, als auch die Option des Aufbaus an verschiedenen Standorten. Hinsichtlich der Einwerbung von Drittmitteln schließe er sich der Forderung nach einer verstärkten Einwerbung an.

Stadträtin **Deetz** teilt die Auffassung ihres Vorredners weitestgehend. Auch die SPD-Fraktion werde der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages einstimmig zustimmen. Die Ziffer 2 hingegen werde in der Fraktion teilweise kritisch gesehen. Insbesondere seien die hohen, hiermit verbundenen Kosten in Zeiten, in denen aus ihrer Sicht weitergehende Investitionen in das soziale Gefüge der Stadt notwendig seien, schwierig zu begründen. Andererseits verspreche eine dauerhafte Installation zusätzliche Vorteile für das Image der Stadt, insbesondere auf dem Gebiet des Kulturtourismus. Zudem wolle man innerhalb der KulturRegion Stuttgart nicht auf eine aktive Vorreiterrolle verzichten. In der Gesamtschau erachte sie persönlich die temporäre und die dauerhafte Installation als zwei zusammengehörige Aspekte eines Gesamtwerks. Schließlich gäben die Möglichkeiten zum Standortwechsel oder sogar zum Verleihen der dauerhaften Installation für sie den Ausschlag, der Ziffer 2 zuzustimmen.

Stadtrat F. **Lutz** führt aus, grundsätzlich sei die FW-Fraktion ein großer Befürworter der Kunst im öffentlichen Raum und habe daher auch einen Antrag zum Thema Street Art gestellt. Nun freue man sich auf die Umsetzung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlags. Man könne davon ausgehen, dass die Installation des renommierten Künstlers zu einem Besuchermagneten werde. Die Ziffer 2 sehe seine Fraktion hingegen kritisch. Der Bezug zum Thema Aufstiege sei zu weit hergeholt, die Interpretation zu abstrakt. Hinzu kämen vergleichsweise hohe Kosten und durch eine erhöhte Vandalismusgefahr auf dem Akademiehof nicht zu unterschätzende Folgekosten. Auch die Finanzierung über Haushaltsreste des FB Tiefbau und Grünflächen erscheine seiner Fraktion wenig sinnvoll, da es sich hierbei nicht um echte Einsparungen sondern lediglich um noch nicht abgeflossene Ausgaben handle. Aus diesen Gründen bitte er um getrennte Abstimmung der beiden Ziffern des Beschlussvorschlags.

Stadtrat **Eisele** erklärt seine Zustimmung zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages. Der Ziffer 2 stünden auch die FDP-Stadträte ablehnend gegenüber. Ein direkter Zusammenhang zur temporären Installation sei nicht zu erkennen, der Bezug zum Thema eher undeutlich und die Interpretation insgesamt zu abstrakt. Auch den angesprochenen Umzug des Containers an verschiedene Standorte könne er sich ebenso wenig vorstellen wie ein Verleihen des Kunstwerks an andere Städte. Er spricht sich daher dafür aus, lediglich mit einer temporären Installation an dem Projekt „Aufstiege. Lichtkunstfestival zur Inszenierung des Auf und Ab“ teilzunehmen.

Stadträtin **Dziubas** bedauert, dass seit der Vorberatung im Ausschuss nicht genügend Zeit für eine nochmalige Auseinandersetzung mit dem Thema gewesen sei. Auch sie könne der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages vollumfänglich zustimmen, während sie die Ziffer 2 kritisch sehe. Das Projekt entfalte aus ihrer Sicht zu wenig Wirkung, um die Höhe der Kosten zu rechtfertigen. Insbesondere sei das Thema „Aufstiege“ in der Umsetzung kaum erkennbar. Insofern könnten die hierfür vorgesehenen Mittel sinnvoller für Toiletten auf dem Akademiehof oder allgemein im sozialen Bereich eingesetzt werden. Auch sie bittet um getrennte Abstimmung der beiden Ziffern des Beschlussvorschlages.

Stadträtin **Burkhardt** freut sich darüber, dass die unter Ziffer 1 des Beschlussvorschlages vorgeschlagene Beleuchtung des Bühnenturms neben den künstlerischen Aspekten die Akademie für Darstellende Kunst stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung bringe. Sie könne sich daher auch gut vorstellen, die temporäre Installation auch über den Projektzeitraum hinaus zu verlängern. Die dauerhafte Installation unter Ziffer 2 beinhalte aus ihrer Sicht einen interessanten Ansatz, jedoch sei der Standort falsch gewählt. Sie regt eine Verlagerung zur Arena an, wo die Installation beispielsweise in Kombination mit der Erneuerung der Außenhaut erfolgen könne. Auch sei hier die Wahrscheinlichkeit größer, zusätzliche Sponsoren zu finden.

Stadträtin Dr. **Knoß** erklärt zu ihrem Abstimmungsverhalten, eine Zustimmung zur Ziffer 2 des Beschlussvorschlages sei in Zeiten von Konsolidierungsanstrengungen ein falsches Zeichen. Mit der Ablehnung der Ziffer 2 sei jedoch keine Kritik am Projekt als solches verbunden.

Stadtrat **Juranek** verweist auf die Selbstverpflichtung von Bund und Land, 1% der Hochbauausgaben in Kunst am Bau zu investieren. Übertragen auf Ludwigsburg entspräche dies einem Betrag von rund 200 000 € pro Jahr. Nachdem Kunst im öffentlichen Raum über Jahre hinweg vernachlässigt worden sei, sei eine Diskussion über einmalig 123 000 € unter diesem Aspekt unsäglich.

Die Stadträte **Haberzeth-Grau** und **von Stackelberg** betonen die sozialen Aspekte von Kunst im öffentlichen Raum, die Belebung von Plätzen durch das Ausstellen von Kunstwerken und den allgemeinen Mehrwert für den Standortfaktor.

OBM **Spec** sagt Bezug nehmend auf mehrere Anregungen aus dem Gremium zu, die Sponsorensuche zu intensivieren, um die Belastungen für den städtischen Haushalt zu reduzieren. Weiter kündigt er an, der FB Hochbau und Gebäudewirtschaft habe den Auftrag erhalten, eine Konzeption für Toilettenanlagen auf dem Akademiehof auszuarbeiten. In Frage komme auch die Kombination mit einer Kleingastronomie. Ein Bericht in den gemeinderätlichen Gremien folge. Anschließend stellt OBM Spec auf mehrfachen Wunsch aus dem Gremium die beiden Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt voneinander zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg wird erweitert. Die Funktion des weiteren Betriebsleiters im Eigenbetrieb nimmt vom 01.03.2016 bis 31.08.2016 Herr Robert Nitzsche, Fachbereichsleiter Organisation und Personal wahr. Er wird in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis angestellt.
2. Die Satzung für den Eigenbetrieb Tourismus & Events Ludwigsburg vom 13.12.2012 wird aufgrund der Entscheidung nach Ziffer 1 sowie der Prüfungsvermerke der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg bei der letzten überörtlichen Prüfung wie in der Anlage 1. geändert.
3. Der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg wird wie in der Anlage 2. zugestimmt.
4. Beide Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)
Stadtrat Braumann (beruflich verhindert)

Ja 34 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 012/16 Beschluss fassen.

TOP 9 Abschluss und Aufwendungen

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 9.1 und 9.2.

TOP 9.1 Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2014 Vorl.Nr. 006/16

Beratungsverlauf:

Der Jahresabschluss 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Folgende überplanmäßige Aufwendungen im Rechnungsjahr 2014 werden hiermit durch den WKV genehmigt:

- 1.) 78.656,91 EUR für Überschreitungen im Zuge der NKHR-Umstellung im Teilhaushalt 08 Büro Oberbürgermeister, Produktgruppe 1 130 Presse und Öffentlichkeitsarbeit.
- 2.) 113.876,92 EUR für Überschreitungen im Zuge der NKHR-Umstellung im Teilhaushalt 41 Kunst und Kultur, Produktgruppe 2610 Theater.
- 3.) Die Deckung von insgesamt 192.533,83 EUR erfolgt aus der Deckungsreserve, Teilhaushalt 90 Allgemeine Finanzwirtschaft, Produktgruppe 6 120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft.

Folgende überplanmäßige Aufwendung im Rechnungsjahr 2014 werden hiermit durch den GR genehmigt:

- 4.) 1.027.940,66 EUR für Überschreitungen im Zuge der NKHR-Umstellung im Teilhaushalt 65 Hochbau und Gebäudewirtschaft, Produktgruppe 1 124 Gebäude- und Technisches Immobilienmanagement.
- 5.) Die Deckung von insgesamt erfolgt aus nicht verbrauchten Mitteln der Gewerbesteuerumlage (989.511,87 EUR) und der Säumniszuschläge u. ä. (38.428,79 EUR), Teilhaushalt 90 Allgemeine Finanzwirtschaft, Produktgruppe 6 110 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)
Stadtrat Braumann (beruflich verhindert)
Stadträtin Burkhardt (privat verhindert)
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat Kube

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Ziffer 4 und 5 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

TOP 10

Neufassung der Beteiligungsrichtlinie

Vorl.Nr. 013/16

Abweichender Beschluss:

Der Neufassung der der Vorl. Nr. 013/16 beigefügten Beteiligungsrichtlinie wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

bei III. Ziff. 1. lit. g. der letzte Satz:

Ein Festhalten von Informationen in einem Managementletter oder ähnlichen Unterlagen ist nur zulässig, wenn die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Kopie erhalten.

bei IV. Ziff. 4 der letzte Satz:

Die Altersgrenze für Geschäftsführungsmitglieder soll sich an den Vorgaben des gesetzlichen Renteneintrittsalters orientieren.

bei IV. Ziff. 5 der vorletzte Satz:

Beim Abschluss einer derartigen Versicherung soll für Geschäftsführungsmitglieder ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)
Stadtrat Braumann (beruflich verhindert)
Stadträtin Burkhardt (privat verhindert)
Stadtrat Herrmann (beruflich verhindert)

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec erläutert eingangs, die Intention der Neufassung sei zum einen die Freistellung der Aufsichtsratsmitglieder von den mit dieser Aufgabe verbundenen Haftungsrisiken durch entsprechende Versicherungen und zum anderen die Gewährleistung einer verstärkten Aus- und Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist auf die Veränderungen des Beschlussvorschlages auf Grund der Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hin. Weiter erläutert er Bezugnehmend auf die Vorl. Nr. 013/16 Details zu der angesprochenen Haftpflichtversicherung. Er weist insbesondere darauf hin, dass bei den Aufsichtsratsmitgliedern auf einen Selbstbehalt verzichtet werden solle.

Auf Nachfragen von Stadtrat Dr. **Vierling** kündigt Herr Kiedaisch weiter an, der Austausch darüber, welche Annehmlichkeiten noch in einem „geschäftüblichen Maß“ entsprächen, werde zunächst in einem kleineren Kreis erfolgen. Nach Konkretisierung werde dann der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung eingebunden. Ebenso stellt er in Aussicht, dass die Angleichung der Verschwiegenheitsregelungen sowie der Vergütung von Aufsichtsratsmitgliedern beim Blühenden Barock und den Ludwigsburger Schlossfestspielen an die bei der WBL geltenden Regelungen in den jeweiligen Aufsichtsräten vorbesprochen und dann dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zur Beratung unterbreitet werde.

Anschließend ruft OBM **Spec** die Vorl. Nr. 013/16 zur Abstimmung auf.

TOP 11

Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 2. Halbjahr 2015

Vorl.Nr. 019/16

Beschluss:

1. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung zu Gunsten des Ludwigsburg Museums i.H.v. **10.000 EUR** wird angenommen (Anlage lfd. Nr. 17).
2. Die Zuwendung der Helga-Schaaf-Stiftung zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **24.500 EUR** wird angenommen (Anlage lfd. Nr. 20).
3. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **20.000 EUR** wird angenommen (Anlage lfd. Nr. 21).
4. Die Zuwendung der Wüstenrot Stiftung zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **25.000 EUR** wird angenommen (Anlage lfd. Nr. 22).
5. Die Zuwendung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **7.000 EUR** wird angenommen (Anlage lfd. Nr. 53).
6. Alle weiteren in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg **bis 5.000 EUR** werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu den Ziffern 1 bis 5 wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 6 wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadträtin Liepins (Urlaub)
Stadtrat Seybold (privat verhindert)
Stadtrat Braumann (beruflich verhindert)
Stadträtin Burkhardt (privat verhindert)

Zusätzlich zu Ziff. 6:

Stadtrat Herrmann (beruflich verhindert)
Stadtrat Kasdorf
Stadtrat Dengel
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 019/16 zur Abstimmung.